

Politik durch Lexik
im *Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt*
Ideologievokabular zur Zeitenwende 1918/19

Oliver HERBST

Dr.; Julius-Maximilians-Universität Würzburg;

E-Mail: post@oherbst.de

Abstract: After the First World War and the Danube Monarchy, Transylvania became a part of the Kingdom of Romania on December 1, 1918. The desired minority rights played an important role for the Transylvanian Saxons. The relationships with Hungary and Romania were reflected in the media coverage by the Transylvanian newspaper *Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt*. The authors created awareness on their concerns by using ideological vocabulary. Such political lexis acts as an appeal to the recipients. There is a clearly identifiable dichotomy: On the one side, negatively connoted lexis arises for the former political conditions in the Dual Monarchy. On the other side, positively connoted lexis appears for the needs and for the behavior of the Transylvanian Saxons and for the concepts of new political conditions that were published in the newspaper. This dichotomy consists of ideological vocabulary and lexis in common language.

Key words: language in politics, language use in politics, ideological vocabulary, Transylvania, newspaper

1. Die Zeitenwende

Die Jahre 1918 und 1919 markieren eine Zeitenwende für die Siebenbürger Sachsen. Nach dem Ende des verhängnisvollen

Ersten Weltkriegs und der Donaumonarchie wird Siebenbürgen am 1. Dezember 1918 – mit anderen Gebieten – zu einem Teil des Königreichs Rumänien. Die Mediascher Anschlussklärung der Siebenbürger Sachsen vom 8. Januar 1919 untermauert dies: Der Nationalrat des siebenbürgisch-sächsischen Volkes „erkannte [...] die ‚neuen Tatsachen‘, die Niederlage im Krieg und die neuen Verhältnisse, in einer feierlichen Erklärung an“¹. Eine gewichtige Rolle spielte: „Die Sachsen versprachen sich davon eine bessere Sicherung ihrer Rechte als Minderheit“². Die Siebenbürger Sachsen hatten vorher „viele Jahre zusammen mit den Rumänen gegen die ungarischen Magyarisierungsbestrebungen gekämpft“³.

Das Verhältnis zu Rumänien und zu Ungarn spiegelt sich in der Berichterstattung des *Siebenbürgisch-Deutschen Tageblattes* wider, das in Hermannstadt erschien. Dieser Beitrag setzt sich mit Politik durch Lexik im *Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt* auseinander, also mit Ideologievokabular zur Zeitenwende 1918/19. Gezeigt werden soll, wie die Autoren dieser einflussreichen siebenbürgisch-sächsischen Zeitung mit Lexik, in dieser Umbruchphase beziehungsweise Zeitenwende im Besonderen mit Ideologievokabular, Politik gemacht haben.

2. Das Ideologievokabular

Vor der Analyse sollen noch einige Worte zur Gliederung des politischen Lexikons fallen, innerhalb dessen das Ideologievokabular äußerst bedeutsam ist. Was sich hinter dem politischen Lexikon verbirgt, erklärt Girnth: der für den Sprachgebrauch „in der Politik relevante lexikalische Teilausschnitt des

¹ Möckel, Andreas: *Umkämpfte Volkskirche*. Leben und Wirken des evangelisch-sächsischen Pfarrers Konrad Möckel (1892–1965). Köln 2011, S. 25-26.

² Roth, Harald: *Kleine Geschichte Siebenbürgens*. Köln 2003, S. 124.

³ Möckel, ebd., S. 25.

Gesamtwortschatzes“⁴. Der Autor dieses Beitrags bezieht sich für diesen Beitrag – zum wiederholten Mal mit Blick auf das politische Lexikon⁵ – auf das Gliederungsmodell Dieckmanns⁶. Es differenziert das politische Lexikon folgendermaßen aus: Institutionsvokabular, Ressortvokabular, allgemeines Interaktionsvokabular und Ideologievokabular. Was das Institutionsvokabular umfasst, erklärt sich beinahe von selbst, also z.B. „Bezeichnungen für die Staats- und Regierungsformen“⁷, wie *parlamentarische Demokratie* oder *konstitutionelle Monarchie*, „Bezeichnungen für die verfassungsrechtlich vorgesehenen Institutionen und ihre Untergliederungen“⁸, wie *Regierung* oder *Bundestag*, oder „Bezeichnungen für die politischen Ämter und Rollen“⁹, wie *Bundeskanzler* oder *Staatssekretär*.

Anders sieht es beim Ressortvokabular aus, denn dieses beruht „im Kern auf den Fach- und Wissenschaftssprachen, die sich außerhalb des politischen Raums für die verschiedenen Sachbereiche herausgebildet haben und die sich die jeweiligen Experten [...] verfügbar machen müssen“¹⁰. Zu nennen sind an dieser Stelle z.B. *Bruttosozialprodukt* oder *Konjunktur*¹¹. Wenn vom Ressortvokabular die Rede ist, können jedoch des Weiteren

⁴ Girth, Heiko: *Sprache und Sprachverwendung in der Politik*. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Berlin 2015, S. 56.

⁵ Vgl. z.B. Herbst, Oliver: Mehrsprachigkeit des SSW im World Wide Web. Zum politischen Sprachgebrauch einer Regionalpartei in elektronischen Medienangeboten. In: Lasatowicz, Maria Katarzyna/Jarosław Bogacki (Hgg.): *Deutsche Sprache in kulturell mehrfach kodierten Räumen*. Medien, Kultur, Politik. Berlin 2018, S. 59-60.

⁶ Vgl. Dieckmann, Walther: Deutsch: politisch – politische Sprache im Gefüge des Deutschen. In: Kilian, Jörg (Hg.): *Sprache und Politik*. Deutsch im demokratischen Staat. Mannheim 2005, S. 17-21.

⁷ Dieckmann, ebd., S. 17.

⁸ Ebd., S. 18.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Vgl. Girth, ebd., S. 58.

auch politikeigene Wortbildungen gemeint sein, „die in der Ausarbeitung der politischen Programme notwendig werden und in der Präsentation der parteilich umstrittenen Zielvorstellungen bzw. in der nachträglichen Rechtfertigung der Beschlüsse Teil der öffentlich-politischen Kommunikation werden“¹², wie z.B. *soziale Marktwirtschaft* oder *Sozialhilfe*.

Kurz soll auch das allgemeine Interaktionsvokabular beschrieben werden, das alles andere als unumstritten ist: Das allgemeine Interaktionsvokabular findet als „Zweifelsfall hinsichtlich der Grenzziehung zwischen allgemeinem und politischem Wortschatz“¹³ hin und wieder als vierte Komponente des politischen Lexikons Erwähnung. Genannt werden können an dieser Stelle sprachliche Ausdrücke wie *Affäre*, *Führungsanspruch*, *Kompromiss* oder *dementieren*, also Ausdrücke, „die zwar nicht für politische Texte eigentümlich sind, jedoch sehr häufig vorkommen und zumindest deshalb auffallen, weil sie nicht zum alltäglichen Ausdrucksreservoir gehören“¹⁴.

Auf das Ideologievokabular letztendlich entfällt „die entscheidende Rolle in der öffentlich-politischen Kommunikation, in der die politischen Gruppierungen [...] ihre Deutungen und Bewertungen politischer Sachverhalte und die Ziele und Prinzipien ihres Handelns artikulieren“¹⁵. Dabei stellen die sogenannten Symbolwörter den Kernbestand des Ideologievokabulars dar¹⁶. Ihnen kommt die Funktion zu, „die komplexe Wirklichkeit, [sic] vereinfachend, man könnte auch sagen verdichtend, darzustellen“¹⁷. In der öffentlich-politischen Kommunikation erweisen sie sich durch ihre Reduktionsleistung als „leicht verfügbar und besitzen eine starke emotionale Anziehungskraft

¹² Dieckmann, ebd., S. 19.

¹³ Ebd., S. 21.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd., S. 19.

¹⁶ Vgl. Girnth, ebd., S. 61.

¹⁷ Ebd., S. 62.

auf die Adressaten“¹⁸. Das Symbolwort bildet einen historisch gewachsenen Orientierungspunkt und ist „fest in das ideologische Wertesystem einer Gemeinschaft eingebunden“¹⁹, z.B. *Frieden* oder *Freiheit*. Das Symbolwort und das Schlagwort eint die „Funktion, die komplexe Wirklichkeit zu reduzieren und emotional zu wirken“²⁰. Anders als beim Symbolwort findet sich beim Schlagwort aber eine „Abhängigkeit von der politischen Aktualität“²¹. Als Beispiele sollen aus der politischen Aktualität heraus *Mindestlohn* oder *Digitalisierung* dienen. Zwischen einzelnen Teilbereichen des politischen Lexikons gibt es durchaus Überschneidungen bzw. Wechselwirkungen²².

3. Die Lexik in der Zeitung

Aus der Zeit der Zeitenwende 1918/19 lässt sich eine wahre Fülle an Ideologievokabular in Beiträgen des *Siebenbürgisch-Deutschen Tageblattes* feststellen. Um den Rahmen des Beitrags nicht zu sprengen, konzentriert sich dieser auf je zwei Teile aus zwei zentralen Zeitungsartikeln aus diesem Zeitraum. Der erste Beitrag stammt vom 1. Dezember 1918 und ist mit dem Titel *Die Wiederherstellung unserer Ortsnamen*²³ versehen. Der zweite ist in der Ausgabe vom 10. Januar 1919 enthalten und ist mit dem Titel *Der Beschluß der Mediascher Nationalversammlung*²⁴ überschrieben. Beide Beiträge sind auf der Titelseite der

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd.

²² Vgl. Niehr, Thomas: *Einführung in die Politolinguistik*. Gegenstände und Methoden. Göttingen 2014, S. 65; vgl. Dieckmann, ebd., S. 18-19 und Girnth, ebd., S. 58 und 60-61.

²³ N.N. [= n.]: Die Wiederherstellung unserer Ortsnamen. In: *Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt*, 1. Dezember 1918, S. 1.

²⁴ N.N. [= H. Bl.]: Der Beschluß der Mediascher Nationalversammlung. In: *Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt*, 10. Januar 1919, S. 1.

jeweiligen Zeitungsausgabe erschienen und bilden hier jeweils den umfangreichsten Beitrag auf dieser Seite. Mit Blick auf die Textsorte spräche man also vom Aufmacher der Zeitung. Die Beiträge sind mit unterschiedlichen Autorenkürzeln gekennzeichnet.

Begonnen wird mit dem Beitrag *Die Wiederherstellung unserer Ortsnamen* in der Ausgabe vom 1. Dezember 1918. So nüchtern der Beitrag überschrieben ist, so leidenschaftlich findet die Argumentation im Fließtext statt. Das zeigen schon die ersten Sätze:

Ein unangenehmer Ueberrest der Vergangenheit ist noch beiseite zu schaffen, das Ortsnamengesetz kläglichen Angedenkens. Wir wollen unsere alten deutschen Ortsnamen, durch keinen amtlichen Gebrauch eingeschränkt, wieder in ihr Recht einsetzen! Alle ehrliche Regierungsfreundschaft hat uns Sachsen niemals von dem Standpunkt abgebracht, daß das Ortsnamengesetz eine Beleidigung unserer nationalen Empfindung war.²⁵

Bevor eigens das Ideologievokabular zum Thema wird, soll eine Dichotomie benannt werden. Diese baut sich aus negativ konnotierten oder aus dem Kontext heraus negativ konnotierten Lexemen auf der einen Seite sowie positiv konnotierten oder aus dem Kontext heraus positiv konnotierten Lexemen auf der anderen Seite auf. All diese Lexeme gehören nicht dem Lexikon der Politik und damit auch nicht dem Ideologievokabular an, sondern sind allgemeinsprachlicher Natur. Bei den negativ konnotierten Lexemen handelt es sich um *unangenehm*, *Ueberrest*, *Vergangenheit*, *kläglich*, *einschränken* und *Beleidigung*, die sich auf die ungarische Vergangenheit beziehen. Diese Lexeme schaffen einen Rahmen für das Lexem *Ortsnamengesetz*, das eigentlich dem Institutionsvokabular angehört – gemäß Dieckmanns Konzept als Bezeichnung „für die Normtexte, in denen die politische Struktur des Gemeinwesens auf Dauer

²⁵ N.N. [= n.], 1918, S. 1.

oder das Handeln der politischen Funktionsträger für begrenzte Zeiten geregelt sind“²⁶.

Wie Niehr erklärt, dienen sprachliche Ausdrücke aus dem Institutionsvokabular „primär der neutralen Benennung von Sachverhalten, Prozessen und Personen“²⁷. Das Lexem *Ortsnamengesetz* schafft hier aber keine neutrale Benennung, sondern erscheint in der Wortgruppe *Ortsnamengesetz kläglichen Angedenkens*, die mit beißendem Spott die euphemistische Wortgruppe *seligen Angedenkens* karikiert. Es fügt sich also in die Dichotomie ein. Hier ist damit wahrscheinlich, dass es zu einer Überschneidung zwischen den Teilbereichen Institutionsvokabular und Ideologievokabular kommt. Das Lexem *Ortsnamengesetz* wird also als negativ konnotiertes Schlagwort gebraucht, das die Funktion hat, die komplexe Wirklichkeit vereinfachend oder verdichtend darzustellen sowie emotional zu wirken, aber auch abhängig von der politischen Aktualität ist – hier von der Zeitenwende 1918/19. Es richtet sich mit appellativem Moment klar gegen die ungarische Vergangenheit. Wohlbekannt war den Lesern der Zeitung zu jener Zeit, dass das Ortsnamengesetz umstritten war: Zu den Orts- und Personennamenbestimmungen ist anzumerken, dass sie seinerzeit „nur offizielle ungarische Namensformen zuließen und zu einer besonderen Erregung der Gemüter beitrugen“²⁸.

Bei den positiv konnotierten Lexemen handelt es sich zunächst um *beiseite schaffen*, *alt* und *deutsch* – jeweils eben aus dem Kontext heraus – und *Recht*. Diese beziehen sich – nach Ende der Zugehörigkeit zu Ungarn – auf die Hoffnungen, die mit der zu dem Zeitpunkt noch unbekanntem Zukunft der Zugehörigkeit zu Rumänien einhergehen. Die positiv konnotierten Lexeme *ehrlich* – allgemeinsprachlich – und *Regierungsfreundschaft* – letzteres wohl ein Schlagwort – beziehen sich indes

²⁶ Dieckmann, ebd., S. 17-18.

²⁷ Niehr, ebd., S. 65.

²⁸ Roth, ebd., S. 113.

wohl auch noch auf die ungarische Zeit, meinen aber wahrscheinlich weniger die Haltung der Ungarn, sondern stärker die aus der Eigenperspektive heraus generöse Haltung der Sachsen selbst gegenüber den damaligen ungarischen Inhabern der staatlichen Gewalt. Auch hier findet sich ein Element des Ideologievokabulars. Die Wortgruppe *Beleidigung unserer nationalen Empfindung* enthält das Mehrwortlexem *nationale Empfindung*, das hier als Symbolwort bezeichnet werden kann. Es kann also die komplexe Wirklichkeit vereinfachend darstellen, emotional wirken und zeigt einen historisch gewachsenen Orientierungspunkt. Das stets negativ konnotierte allgemeinsprachliche Lexem *Beleidigung* verstärkt im Kontrast zu dem positiv konnotierten, hochemotionalen Lexem *nationale Empfindung* den appellativen Charakter an die siebenbürgisch-sächsischen Zeitungsleser, dass sie den alten Zustand wiederhergestellt wissen wollen.

Auf eine zweite Passage aus diesem Beitrag rund um das Ortsnamengesetz soll aufmerksam gemacht werden. Es heißt hier:

Das Ortsnamengesetz hatte für uns nicht dieselbe praktische Bedeutung der Einengung unseres Lebensraumes, wie sie eine Reihe von Schul- und Sprachgesetzen vorher gehabt hatten, aber es beleidigte unser Volksgefühl, es kränkte unser Sprachempfinden und suchte unsern Stolz auf die deutsche Vergangenheit in diesem Lande zu demütigen.²⁹

Hier werden in der Dimension *Schul- und Sprachgesetze* noch als weitreichender betrachtet, das *Ortsnamengesetz* aber dennoch als ernsthaft angesehen. Im Mittelpunkt steht die Wortgruppe *Einengung unseres Lebensraumes*, was nach den Angaben in diesem Zeitungsartikel die Folge der ungarischen Politik in der Vergangenheit darstellt. Es handelt sich wohl ebenfalls um ein negativ konnotiertes Schlagwort, das die Funktion hat, die komplexe Wirklichkeit vereinfachend oder

²⁹ N.N. [= n.], 1918, S. 1.

verdichtend darzustellen sowie emotional zu wirken, aber auch abhängig von der politischen Aktualität ist.

Das positiv konnotierte Lexem *Lebensraum* wird durch die negativ konnotierte Metapher *Einengung* kontrastiert. Dieses Schlagwort wirkt ebenfalls appellativ – und zwar in dem Sinne, dass – im Sinne der dargestellten Dichotomie – die Leser der Zeitung davon überzeugt werden sollen, dass sich die Verhältnisse unter den neuen Inhabern der staatlichen Gewalt ändern müssen. Die *Schul- und Sprachgesetze* gehören selbst zum Institutionsvokabular. Anschließend wird in der Fortsetzung der Dichotomie indirekt Hoffnung auf die neuen Inhaber der staatlichen Gewalt ausgedrückt, indem Kritik an den bisherigen politischen Verhältnissen geübt wird. Dies geschieht mit drastischen, stets negativ konnotierten allgemeinsprachlichen Lexemen, die positiv konnotierten Lexemen aus der Allgemeinsprache wie auch aus dem Ideologievokabular entgegenstehen: Da prallt *beleidigen* auf das Symbolwort *Volksgefühl*, *kränken* auf *Sprachempfinden* und *demütigen* steht der Wortgruppe *Stolz auf die deutsche Vergangenheit* – wohl ein Schlagwort – gegenüber.

Als zweiter Zeitungsartikel soll der Text mit dem Titel *Der Beschluß der Mediascher Nationalversammlung* in der Ausgabe vom 10. Januar 1919 im Mittelpunkt stehen. Dieser Beitrag kommentiert, wie der Titel schon verrät, die Mediascher Anschlussklärung vom 8. Januar 1919. Was die erste für diesen Beitrag ausgewählte Passage betrifft, heißt es mit Blick auf Ungarn und die vergangenen politischen Verhältnisse:

Die heutigen Führer des Staates haben die Treue, die wir ihm geleistet haben, nicht mit gleicher Treue vergolten. Als die Kampffronten zu wanken begannen, da haben sie um erhoffter eigener Vorteile willen die Waffen freiwillig niedergelegt und weggeworfen, und haben durch dieses Vorgehen die Söhne und Töchter des Landes schutzlos jeder Willkür preisgegeben.³⁰

³⁰ N.N. [= H. Bl.], 1919, S. 1.

Eindeutig wird differenziert und die Verantwortung für die Situation nicht den ungarischen Inhabern der staatlichen Gewalt in allen Zeiten zugeschrieben, sondern nur denen in der Aktualität des gerade beendeten Ersten Weltkriegs, was sich im Lexem *heutig* zeigt. Auch dies geschieht mit Ideologievokabular. Zuallererst zu nennen sind hier das emotional aufgeladene, positiv konnotierte Symbolwort *Treue*, wobei sich hier wieder eine Dichotomie zeigt. Die *Treue* der Siebenbürger Sachsen wird gegenüber der der *heutigen Führer des Staates* nicht als gleichrangig gewertet; die Ungarn werden hier als klar im Nachteil gegenüber den Sachsen bezeichnet. Auch die Wortgruppe *die heutigen Führer des Staates* lässt sich in der aktuellen politischen Lage wohl als negativ konnotiertes Schlagwort zum Ideologievokabular rechnen, genauso wie *die Söhne und Töchter des Landes* in positiver Hinsicht. Das metaphorisch dargebrachte Bild von den *wankenden Kampffronten* unterlegt die Dramatik noch, wobei *Kampffront* als in der damaligen Realität positiv konnotiertes Symbolwort ebenfalls Teil des Ideologievokabulars ist und vom negativ konnotierten allgemeinsprachlichen Lexem *wanken* kontrastiert wird. Dies alles schafft eine emotionale Szenerie, die an die Leser appelliert und die die negative Haltung den bisherigen ungarischen Inhabern der staatlichen Gewalt gegenüber begründen soll.

Zum Abschluss soll eine weitere Passage aus diesem Beitrag präsentiert werden, die zeigt, dass sich die dichotomische Struktur hier fortsetzt. Es geht um die Anbindung Siebenbürgens an Rumänien: „Wir haben damit höchstes Vertrauen dem rumänischen Staat und Volk gegenüber bekundet. Zu einer Zeit, wo das höchste Gut eines Volkes sein Selbstbestimmungsrecht ist, haben wir uns freiwillig entschieden und damit unser Selbstbestimmungsrecht dahingegeben.“³¹ Das emotional aufgeladene Lexem *Selbstbestimmungsrecht*, das nicht nur zur damaligen Zeit, aber eben auch damals von starker politischer Aktualität

³¹ Ebd.

war, steht hier als Symbolwort, das als Schlagwort gebraucht wird, im Vordergrund. Indem die Siebenbürger Sachsen es gemäß den Angaben des Beitrags *freiwillig dahingegeben* haben, soll, nicht ganz ohne Pathos, eine Art Akt der Souveränität suggeriert werden. Die Siebenbürger Sachsen werden damit als Agierende und nicht als Reagierende dargestellt, ihr Verhalten positiv gewertet, was vor allem das positiv konnotierte allgemeinsprachliche Lexem *freiwillig* bewirkt. Für den Rahmen sorgen überdies noch weitere positiv konnotierte Lexeme bzw. Wortgruppen aus der Allgemeinsprache, zum Beispiel *höchstes Vertrauen*, wenn es um den *rumänischen Staat* und dessen *Volk* geht, und das *Selbstbestimmungsrecht* wird als *höchstes Gut* angesehen und damit mit einer besonderen Wertung belegt. Mit diesen positiv konnotierten Lexemen bzw. Wortgruppen ist ein Appell um Zustimmung verbunden.

4. Die Ergebnisse

Folgende Ergebnisse sollen am Ende zusammengefasst werden:

- 1) In den relevanten journalistischen Texten machen die Emittenten mit emotional wirkendem Ideologievokabular auf ihre Anliegen aufmerksam. Solch politische Lexik wirkt als Appell an die Rezipienten, die Leserschaft der einflussreichen Zeitung, zugunsten einer neuen Politik, die im Königreich Rumänien verwirklicht werden soll.
- 2) Deutlich erkennbar ist an den dargestellten Stellen eine Dichotomie – von negativ konnotierter Lexik für die alten politischen Verhältnisse in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarns (z.B. *Einengung unseres Lebensraumes*) sowie positiv konnotierter Lexik für die Bedürfnisse und das Verhalten der Siebenbürger Sachsen (z.B. *Selbstbestimmungsrecht dahingegeben*) oder für die in der Zeitung publizierten Vorstellungen neuer

politischer Verhältnisse (z.B. *höchstes Vertrauen*). Diese Dichotomie besteht aus Ideologievokabular und allge-meinsprachlichen Lexemen.

Literatur

Primärliteratur

- N.N. [= H. Bl.]: Der Beschluß der Mediascher Nationalver-sammlung. In: *Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt*, 10. Januar 1919, S. 1.
- N.N. [= n.]: Die Wiederherstellung unserer Ortsnamen. In: *Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt*, 1. Dezember 1918, S. 1.

Sekundärliteratur

- Dieckmann, Walther: Deutsch: politisch – politische Sprache im Gefüge des Deutschen. In: Kilian, Jörg (Hg.): *Sprache und Politik*. Deutsch im demokratischen Staat. Mannheim 2005, S. 11-30.
- Girnth, Heiko: *Sprache und Sprachverwendung in der Politik*. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Berlin 2015.
- Herbst, Oliver: Mehrsprachigkeit des SSW im World Wide Web. Zum politischen Sprachgebrauch einer Regionalpartei in elektronischen Medienangeboten. In: Lasatowicz, Maria Katarzyna/Jarosław Bogacki (Hgg.): *Deutsche Sprache in kulturell mehrfach kodierten Räumen*. Medien, Kultur, Politik. Berlin 2018, S. 57-66.
- Möckel, Andreas: *Umkämpfte Volkskirche*. Leben und Wirken des evangelisch-sächsischen Pfarrers Konrad Möckel (1892–1965). Köln 2011.
- Niehr, Thomas: *Einführung in die Politolinguistik*. Gegenstände und Methoden. Göttingen 2014.
- Roth, Harald: *Kleine Geschichte Siebenbürgens*. Köln 2003.